

Bundesministerium für
Nachhaltigkeit und Tourismus
Stubenring 1
1010 Wien

Per E-Mail: abt-52@bmnt.gv.at

cc: begutachtungsverfahren@parlament.gv.at

Wien, am 08. Mai 2019

AWG Rechtsbereinigungsnovelle 2019
BMNT-UW.2.1.6/0113-V/2/2019

Sehr geehrte Damen und Herren!

Die Bundeskammer der ZiviltechnikerInnen bedankt sich für die Übermittlung des Entwurfs zur Sammelnovelle und erlaubt sich dazu folgende Stellungnahme abzugeben:

Ad § 2 Abs. 6 Z 2 lit a AWG

Die vorgesehene Änderung sieht vor, dass in Zukunft grundsätzlich der Auftragnehmer als Abfallersterzeuger gelten soll, solange nicht vereinbart wird, dass die Abfälle beim Auftraggeber verbleiben.

Diese Regelung führt in Zukunft wohl dazu, dass verschiedene Pflichten die zurzeit in der Sphäre des Auftraggebers liegen, wie zum Beispiel die Durchführung von bodenchemischen Untersuchungen vor Aushüben laut der Deponieverordnung oder die Übergabeverpflichtung von Abfällen an befugte Sammler und Behandler, in Zukunft in der Sphäre des Auftragnehmers liegen.

Das mag zwar in Fällen, in denen nur eine oder wenige Art(en) von Abfällen anfallen, wie zum Beispiel bei der normalen Gartenarbeit eines Gärtners, zu einer Vereinfachung führen. Wenn jedoch viele verschiedene Abfallarten anfallen, wie zum Beispiel bei komplexen Abbruchvorhaben, ist die vorgesehene Regelung kontraproduktiv im Hinblick auf eine geordnete Abfalllenkung.

Darüber hinaus wird es in vielen Fällen nicht möglich sein im Vorfeld bis ins Detail zu klären welche Dienstleistungen an den Auftragnehmer vergeben werden. In Fällen von Abbrucharbeiten, kann beispielsweise oft nicht vorhergesehen werden, ob nicht

- Mehrkosten anfallen, da zum Beispiel künstliche Mineralfasern oder besondere Dämmstoffe verbaut wurden.

Diese Unsicherheiten würden letztendlich wohl zu Konflikten zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer und/oder aufgrund des Kostendrucks zu kreativen Entsorgungsmethoden führen.

Ad § 49 Abs. 6 AWG:

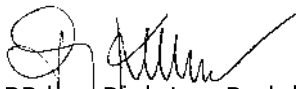
Die Schaffung der Möglichkeit eines Direktverrechnungsanspruches wirft Fragen auf. Der Gesetzgeber bedient sich der Terminologie des Zivilrechtes („Rechnung legen“). Abweichend von allgemeinen zivilrechtlichen Regelungen werden aber zusätzliche Fristen normiert, zB. dass das Aufsichtsorgan bis 30. August des Folgejahres beim Inhaber der Deponie Rechnung zu legen hat. Bei Fristversäumnis erlischt der Kostenanspruch. Eine derartige, vom allgemeinen Zivilrecht abweichende, Frist erscheint jedenfalls unangemessen. Bei Bauarbeiten, die sich über mehr als ein Kalenderjahr erstrecken, ist weiters unklar, auf welches Jahr sich das „Folgejahr“ bezieht.

Wenn die Kosten nicht beglichen werden, hat das Aufsichtsorgan innerhalb von fünf Monaten nach Vorlage der Rechnung bei der Behörde einen Antrag auf bescheidmäßige Erledigung einzubringen. Bringt das Aufsichtsorgan diesen Antrag nicht fristgerecht ein, erlischt der Anspruch. Auch diese weitere Fallfrist erscheint überschießend und unangemessen kurz.

Die bisherige Regelung war deutlich einfacher gehalten und ist ohne Fallfristen für den Antrag auf bescheidmäßige Erledigung ausgekommen. Auch andere Rechtsvorschriften die eine Direktverrechnung vorsehen, wie zum Beispiel § 10 Abs 6 AkkG, kommen ohne einer Normierung von Fallfristen aus.

In den Erläuterungen zu § 49 Abs. 6 AWG findet sich keine Begründung der Notwendigkeit der vorgesehenen Fristenregelung und der Konsequenz des Erlöschens des gesamten Anspruches.

Mit freundlichen Grüßen



BR h.c. Dipl.-Ing. Rudolf Kolbe
Präsident